



>>> CDU Schermbeck wünscht ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2012!

Die CDU Schermbeck wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2012!



In der vergangenen Sitzung des Rates der Gemeinde Schermbeck standen einige wichtige Themen auf der Tagesordnung. Über die wichtigsten Themen wollen wir Ihnen kurz aus unserer Sicht berichten.

>>> Der Gemeinderat wird verkleinert

Bereits bei der Haushaltsverabschiedung Mitte 2011 hat der Rat mehrheitlich beschlossen den Rat der Gemeinde Schermbeck ab der nächsten Kommunalwahl 2014 zu verkleinern. Strittig war die Anzahl der Mandate die wegfallen sollen. Die CDU plädierte für vier, die übrigen Ratsfraktionen für sechs Mandate.

Grundsätzlich hätte die CDU gerne die Anzahl der Ratsmitglieder bei 32 belassen. Für uns ist es wichtig, dass Wahlbezirke überschaubar bleiben und Ratsmitglieder damit Ansprechpartner nah beim Bürger. Auch lässt sich die immer kompliziertere und steigende Arbeit besser auf mehreren Schultern verteilen und man kann mehr Fachleute in die Arbeit einbinden. Für die CDU sei dieses Prinzip mit einer Kürzung um vier Mandate noch gewährleistet.

„Wir kürzen derzeit viele Maßnahmen und belasten teilweise die Bürger mit höheren Steuern und mit dem Wegfall von Leistungen aufgrund der schlechten Haushaltslage. Darum darf sich Politik nicht davon ausnehmen.“ begründete CDU-Fraktionsvorsitzender Klaus Schetter den Antrag der CDU auf Verkleinerung des Rates um vier Sitze.

Die CDU schloss sich nach internen Beratungen über das Thema nun der Verkleinerung um sechs Mandate an.

Klaus Schetter: „Auch wenn wir nach wie vor unsere Argumente für eine Reduzierung nur um vier Mandate weiter für richtig halten, wollen wir an dieser Stelle unnötige Diskussionen vermeiden und für den Bürger ein klares Zeichen setzen. Auch

wenn wir wissen, dass die Reduzierung vor allem zu Lasten der CDU gehen wird. Wir wollen auch bei der Politik sparen!“

Parteichef Christian Hötting ergänzte: „Uns muss nun klar sein, dass mehr Arbeit auf jedes einzelne Ratsmitglied zukommt. Darum muss die Arbeit effektiver gestaltet werden. Auch werden wir darauf achten, dass gerade im Außenbereich keine unübersichtlichen Wahlbezirke entstehen und der Außenbereich angemessen vertreten bleibt. Alles andere wäre ein völlig falsches Ergebnis.“

>>> CDU gratuliert der neuen Behindertenbeauftragten

Einstimmig wurde die Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck dergestalt geändert, dass in Zukunft nicht mehr der Haupt- und Finanzausschuss für die Belange der Behinderten in der Gemeinde Schermbeck zuständig ist, sondern eine Behindertenbeauftragte. Eine ohne Zweifel bessere Lösung.

Zur ersten Behindertenbeauftragten der Gemeinde Schermbeck wurde Frau Birgit Förster vom Haus Kilian bestellt. Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit ist Frau Förster bestens für diese Aufgabe geeignet.

Gemeinsam für Schermbeck mehr erreichen!

Frau Förster steht den von einer Behinderung betroffenen Menschen in Schermbeck als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Auf einen Wunsch aus den Reihen des Rates hin, soll die Verwaltung eine Richtlinie erarbeiten, welche Aufgaben die Behindertenbeauftragte haben wird. Die Arbeit der Beauftragten ist rein ehrenamtlich.



Die CDU Schermbeck gratuliert Frau Förster zur Wahl und wünscht viel Erfolg für die weitere Arbeit!

>>> Große Einmütigkeit bei den Gebührensätzen

Während die Satzungen zur Gebührenberechnung bei der Abfallentsorgung, der Grundstückentwässerung, Gewässerunterhaltung und Abwassergebühren überwiegend einstimmig oder mit großer Mehrheit beschlossen wurden, da sich nur minimale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben haben, wurde kurz über die Veränderung der Vergütungssteuersatzung der Gemeinde diskutiert.

Rainer Gardemann (CDU) bemängelte im Haupt- und Finanzausschuss, dass für den Betrieb von „Gewalt- und Kriegsverherrlichenden sowie

pornographischen Spielautomaten“ lediglich eine Steuer i.H.v. 400,- € erhoben wird. Aus Sicht der CDU gehören diese Automaten verboten oder wesentlich höher besteuert. Es kann nicht hingenommen werden, dass insbesondere jüngere Menschen durch solche Automaten ein völlig falsches Weltbild vermittelt bekommen und die Akzeptanz von Gewalt gefördert wird, erörterte Gardemann, welcher selbst Polizist ist.

Der Kämmerer Günter Hoppius berichtete, dass es leider keine definierte Obergrenze für eine solche Steuer gebe, diese aber rechtlich gesehen auch keine „erdrosselnde“ Wirkung haben darf. Ein Verbot ist rechtlich nicht möglich.

Hubert Große-Ruiken (CDU) bemängelte die aus seiner Sicht nicht mehr zeitgemäße Höhe der Steuersätze in der Satzung.

Auf Antrag der CDU wurde daraufhin einstimmig beschlossen, die Steuersätze moderat anzuheben und die Steuern für Gewalt-Automaten auf 600,- € zu erhöhen.



>>> Zweitwohnungssteuer kommt

Mit den Stimmen der CDU und der USWG wurde gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen die Einführung der Zweitwohnungssteuer beschlossen. Diese gilt für alle Personen, welche ihren Zweitwohnsitz in Schermbeck haben und weitere rechtliche Voraussetzungen erfüllen. Betroffen sind laut Berechnung der Gemeindeverwaltung, welche ausführlich erläutert wurde, insgesamt geschätzt 600 Stellplätze auf Campinganlagen, sowie 100 weitere Personen mit einer festen Wohnung in Schermbeck. Nach Abzug der Verwaltungskosten im Rathaus soll im ersten Jahr ein Erlös von ca. 55.000,- € und in den folgenden Jahren von ca. 77.000,- € erzielt werden.

Ausgelöst wurde die Debatte durch die Auflage der Gemeindeprüfungsanstalt sowie der Aufsichtsbehörde im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes zu prüfen, ob sich die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer rechnet.

Dieser Pflicht ist man nun nachgekommen und das Ergebnis ist deutlich zugunsten der Einführung der Steuer ausgefallen, welche bereits von 45 weiteren Kommunen in Nordrhein-Westfalen erhoben wird.

Einige der Zahlen sind noch spekulativ, allerdings wurde mit großem Aufwand recherchiert um eine gute Grundlage für die Datenerhebung zu bilden.

War der Beschluss zur Prüfung der Zweitwohnsitzsteuer mit Ausnahme der Grünen im Sommer noch einstimmig, so bröckelte die Front der

Befürworter nun deutlich.

Für die SPD werden die falschen Personen belastet. Für die Grünen und die FDP waren die Zahlen zu spekulativ um sich zu einem Ja durchringen zu können.

Wenn man sich die Haushaltsberatungen 2011 in Erinnerung ruft, dann weiß man, dass alle Fraktionen betont haben, dass man auch vor negativen Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfe, auch wenn diese alles andere als schön seien. Die Haushaltskonsolidierung hat Vorrang!

All diese schönen Fensterreden waren vergessen, denn wenn es an die konkreten und sicher schwierigen Entscheidungen geht, dann fällt es anscheinend SPD, Grünen, FDP und der BfB schwer bei der Fahne zu bleiben. Man hält den Zeh todesmutig in das kalte Wasser und beschließt, dass es nicht geht.

Insbesondere die Grünen gehen – wie auch bei der Straßenreinigungssatzung – jeder kritischen Entscheidung aus dem Weg. Mit Blick auf die Kommunalwahl nur keine Fehler machen!

Damit eines klar ist: Auch die CDU würde die Steuer lieber nicht einführen. Sie sieht sich aber aufgrund des Zwanges, alle Maßnahmen zu ergreifen die zu einer wesentlichen Haushaltskonsolidierung beitragen, zu keiner anderen Entscheidung fähig und übernimmt damit auch in schweren Zeiten mittels schwerer Entscheidungen Verantwortung.

Da hilft der Einwand der Grünen

nichts, dass die Steuererhöhung nicht gerecht sei, solange man keine Miete für den Rathausplatz verlangt.

Nochmal: Eine solche Platzmiete würde – wenn man dem Vorschlag der Grünen nach einer umsatzorientierten Gebühr folgt – die Veranstaltung erdrosseln. Nimmt man nur einen symbolischen Beitrag, dann wäre der Verwaltungsaufwand höher. Man gibt mehr aus als man einnimmt. Auch aus diesem Grunde haben wir diese Miete abgelehnt. Wir wollen für Symbolpolitik nicht mehr Geld ausgeben als einnehmen. Das überlassen wir gerne den Grünen.

>>> **Interkommunale Zusammenarbeit – die CDU fragt nach**

Für die CDU-Ratsfraktion ist das Thema der interkommunalen Zusammenarbeit ein für die Haushaltskonsolidierung nach wie vor wichtiges Thema. Nach den bereits vollzogenen Kooperationen (z.B. mit der Stadt Hamminkeln im Bereich der Kasse) gilt es nun, weitere Ziele ins Auge zu fassen um den Haushalt zu entlasten.



Um sich einen Überblick über die bisher erfolgte Arbeit der Verwaltung zu diesem Thema zu verschaffen, beantragt die CDU nun einen ausführlichen Bericht zur interkommunalen Zusammenarbeit. Man legt bei dem Bericht insbesondere Wert auf die Erläuterung, wo die Verwal-

tung weiteres Potential für eine Zusammenarbeit sieht.

Damit ist es einfacher die bisherigen Maßnahmen der Gemeinden mit eigenen Ideen und Vorstellungen abzugleichen und sich eine grundlegende Übersicht zu verschaffen.

>>> **Neuer Wehrführer für die Feuerwehr**

Nachdem der bisherige Wehrführer, Herr Gemeindebrandinspektor Helge Dreßen (Löschzug Gahlen), aus persönlichen Gründen auf das Amt des Wehrführers verzichtet hatte, hat Rat der Gemeinde Schermbeck nun Herrn Gemeindebrandinspektor Gregor Sebastian (Löschzug Altschermbeck) zum neuen Wehrführer ernannt und Herrn Dreßen zum stellvertretenden Wehrführer.



Die CDU gratuliert Herrn Sebastian zu seiner Ernennung zum Wehrführer der freiwilligen Feuerwehr Schermbeck. Herrn Dreßen sprechen wir unseren Dank für die geleistete Tätigkeit aus.

>>> **Ehrenpreis „Kinderfreundlicher Kreis Wesel“ für Blaskapelle Einklang**

Mit ihrem vorbildlichen Engagement im Bereich der musikalischen Bildung errang die Musikschule der Blaskapelle Einklang e.V. den mit 500,- €

Gemeinsam für Schermbeck mehr erreichen!

dotierten Preis „Kinderfreundlicher Kreis Wesel“.

Der Kreis würdigt damit das Engagement des Vereins welcher mit sieben professionellen Lehrern insgesamt 80 Schülern Musikunterricht erteilt. Die Blaskapelle schafft mit ihrem Einsatz ein Angebot, dass in dieser Größenordnung durch den regulären Schulunterricht kaum in dieser Vielfalt zu realisieren wäre.

„Neben den anderen Preisträgern, zeigt Schermbeck wieder einmal, was man mit viel ehrenamtlichen Engagement erreichen kann. Die Blaskapelle leistet eine tolle Arbeit und der Preis ist eine tolle Bestätigung und Unterstützung.“ freut sich der CDU-Kreistagsabgeordnete Christian Hötting für den Verein.

Allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön!

>>> Begrüßung der Neugeborenen kommt gut an - Grüne und BfB dagegen!

Auf Antrag der CDU wurde 2008 ein Besuchsdienst für neugeborene Kinder in Schermbeck eingerichtet. Bisher besuchte eine Mitarbeiterin der Verwaltung die jungen Eltern und den Nachwuchs, übergab ein Elternhandbuch mit wichtigen Informationen und Kontakten, sowie ein kleines Geschenk der Gemeinde als Willkommensgruß für die jüngsten Schermbecker.

Hintergrund war die unkomplizierte Vermittlung von Informationen und der Wertschätzung der Gemeinde für den Nachwuchs.

Da die Zahl der Kinder glücklicherweise angezogen hat, kann die Verwaltungsmitarbeiterin dies nicht mehr stemmen. Man möchte diesen guten und sehr anerkannten Service, welcher sich einer sehr großen Beliebtheit erfreut, aber auch nicht aufgeben.



Aus diesem Grunde möchte die Gemeinde mit Kooperation mit den Schermbecker Familienzentren und dem Kreis Wesel, ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger gewinnen, die in den ersten drei Monaten nach der Geburt des Kindes die Familien einmal besucht. Alle künftigen Familienbesucher erhalten eine vorbereitende kostenlose Schulung sowie Beratung. Die Besuchstermine können eigenverantwortlich geplant werden.

Dieses Vorgehen beschloss der Rat in seiner Sitzung vom 21.12.2011 gegen die Stimmen der Grünen und der BfB, welche den Dienst als überflüssig erachten.

Grünen-Fraktionschefin Trick:“ Lediglich eine PR-Aktion der Gemeinde für die wir kein Geld über haben.“

Frau Trick erkennt, dass wir wenig für diesen Service bezahlen, aber den Eltern das Gefühl geben willkommen zu sein und wichtige Informationen aus erster Hand geben.

Alle Interessierten, die ehrenamtlich als Familienbesucher tätig sein möchten, können näheres in einer unverbindlichen Informationsveranstaltung erfahren, welche geplant ist für den Mittwoch, den 11. Januar von 19.30 Uhr bis ca. 21.00 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses Schermbeck.

Auskünfte erteilt Frau Simone Hülsmann unter: 02853/910-153.

>>> BfB gegen den Fußweg in Gahlen.

Der Fußweg an der Kirchstraße in Gahlen ist überfällig für die CDU. Ganz anders die BfB um Klaus Roth. Diese halten den Fußweg am Neubaugebiet in Gahlen für überflüssig. Das Geld sollte lieber für einen Fußweg am Heggenkamp verwandt werden. Für den ist aber das Land zuständig. Warum sollten wir als Gemeinde Geld für Landesstraßenvorhaben tragen?



Wilhelm Schult

CDU Schermbeck Aktuell

„Die CDU steht nach wie vor zum Fußweg in Gahlen!“ so Wilhelm Schult, Ratsmitglied aus Gahlen.

>>> **Dichtheitsprüfung – Aussetzen bis Klarheit herrscht!**

Dieser Auffassung einer FDP-Resolution schloss sich die CDU an. Hintergrund ist der Plan der CDU- und FDP-Landtagsfraktionen die Dichtheitsprüfung mittels einer Gesetzesänderung nur dann vorzuschreiben, wenn dringender Bedarf entsteht und nicht mehr – so wie jetzt – pauschal für jeden Haushalt. Dies erspart den Bürgern eine Menge Arbeit und Geld.

Lediglich eine Fristverlängerung von 10 Jahren zur Prüfung wie sie die BfB vorgeschlagen hat, funktioniert nicht, da die Gemeinde Schermbeck zu 80% in einem Wasserschutzgebiet liegt und die Fristen in einem Wasserschutzgebiet nicht verlängert werden dürfen.

„Das Land ist aufgefordert nun schnell Klarheit zu schaffen. Es herrscht Unsicherheit bei Verwaltungen, Bürgern und Unternehmen, wie hier weiter zu verfahren ist.“ so CDU-Ratsmitglied Christian Hötting.

Hervorgerufen wurden die Änderungswünsche durch die berechtigten Proteste von Seiten der Bürgerschaft und Fachverbänden wie z.B. der Kreisbauernschaft.

Da mittels Gesetz die Pflicht zur Dichtheitsprüfung besteht muss nun dringend dieses Gesetz aus Sicht der CDU geändert werden.

„Wir sollten in Schermbeck wie in

anderen Kommunen auch zunächst nichts weiter in Sachen Dichtheitsprüfung unternehmen, bis im Frühjahr von Seiten des Landes Klarheit herrscht. Dann müssen wir sehen, wie wir mit den hoffentlich positiven Veränderungen im Gesetz umgehen und unsere Satzung entsprechend anpassen. Hoffentlich findet sich eine Mehrheit für die CDU/FDP-Initiative, welche den Bürgern eine Menge Geld spart und von der pauschalen Prüfungspflicht befreit.“ so Rainer Gardemann.

>>> **Der Haushalt wurde eingebracht – Arbeit beginnt!**

Ile Jahre wieder zu Beginn des Jahres befassen sich die Schermbecker Politiker mit dem Gemeindehaushalt. So auch in diesem Jahr. Gemeindegämmerer Günter Hoppius brachte den Haushaltsplan der Gemeinde, sowie den Wirtschaftsplan des Kommunalbetriebes Schermbeck ein. Diese werden nun in den Fraktionen und dem Rat diskutiert.

Fakt ist, dass wir ein Loch von über 3 Mio. € im Etat haben. Auch die Kreisumlage trifft die Gemeinde mit einer ca. 500.000,- € höheren Umlage hart.

„Hier muss sich etwas tun. Das System der Umlagehaushalte gerät in die Schieflage. Das bekommen die Kommunen mit dem Kreis und der Kreis mit den Landschaftsverbänden zu spüren. Auch muss es eine strukturelle Reform der Gemeindefinanzen geben. Es reicht nicht einmalig Geld in das System zu stecken, aber nichts an den Strukturen zu ändern.“ kommentiert CDU-Kreistagsmitglied Christian Hötting. „Auch der

Kreis kommt an weiteren Einsparungen nicht vorbei.

Erfreulich: Der Schuldenstand soll von 15,2 Mio. € Anfang 2012 auf 14,5 Mio. € sinken und die Hebesätze für die Grundsteuer A und B, sowie die Gewerbesteuer sollen laut Verwaltungsvorschlag gleich bleiben.

>>> **Ratsmitglieder kompakt**

Teil 3: Hildegard Franke



Hildegard Franke

- Vertreterin für den Wahlkreis **Gietlingsmühle / Lichtenhagen**
- Pharmazeutisch-Technische Angestellte
- geboren am 18.06.1955
- Mitglied im Rat der Gemeinde Schermbeck
- Vorsitzende des Kultur-, Schul- und Sportausschusses
- Mitglied im Wahlprüfungsausschuss, der erweiterten Schulkonferenz der Schermbecker Schulen und der Versammlung des Volkshochschul-Zweckverbandes Wesel/Hamminkeln/Schermbeck